

1970

begann der Faire Handel in Deutschland. Vorbild waren bereits etablierte Ansätze in der europäischen Nachbarschaft. Anfang 1959 wurde in den Niederlanden, angestoßen durch eindruckliche Erfahrungen in der Arbeit der Emmaus-Bewegung des Abbé Pierre in Frankreich, die Stiftung Komitee Steun Onderontwikkelde Streken (S.O.S.) gegründet. 1964 kam es in Großbritannien im Rahmen eines Helping-by-Selling – Programmes zur Gründung einer Alternative Trading Organization, und wiederum in den Niederlanden wurde 1969 der weltweit erste Wereldwinkel, also Weltladen, eröffnet.

Bei der Durchführung von Projekten hatte die S.O.S. schon seit ihrer Gründung 1959 immer wieder mit der MISEREOR-Zentrale im unmittelbar benachbarten Aachen zusammengearbeitet. Diese Kooperation wurde ab 1970 erweitert und vertieft: In diesem Jahr organisierten die kirchlichen Jugendverbände Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) und Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) aus Kritik an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung und der staatlichen Entwicklungspolitik sogenannte Friedensmärsche in 70 deutschen Städten. Sie konnten für diese Aktionen insgesamt 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mobilisieren.

Unterstützt von MISEREOR und weiteren Organisationen, intensivierte sie in der Folgezeit den Verkauf von Kunsthandwerk aus Fairem Handel, das über die Stiftung S.O.S. nach Deutschland importiert wurde. Nur wenig später kamen zu diesen kunsthandwerklichen Produkten auch Konsumgüter wie Kaffee, Zucker, Tee oder Gewürze hinzu. Aus diesen Anfängen erwuchs in den Folgejahren durch eine breite Basis an engagierten Freiwilligen die Bewegung Aktion Dritte Welt Handel (A3WH) mit ihrem heute flächendeckenden Netz aus Weltläden und Weltgruppen.

**50 FAIRER
HANDDEL**

MISEREOR
● IHR HILFSWERK

1970

Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sollen beide dem Frieden dienen. Für die Friedenssicherung muss in Zukunft die Entwicklungshilfe Vorrang haben. Von jedem Hundertmarkschein, den das Finanzamt einnimmt, werden heute DM 21,90 für Verteidigung, aber nur DM 2,42 für die Entwicklung der Dritten Welt ausgegeben.

Wir fordern, dass der Wehretat im Rahmen einer allgemeinen Rüstungsverminderung schrittweise zugunsten der Entwicklungshilfe abgebaut wird.

Die derzeitigen Bemühungen für eine Förderung der Entwicklungsländer sind ungenügend, gemessen an der Armut der Entwicklungsländer und dem wachsenden Wohlstand der Industrienationen. Die Regierungserklärung der Bundesregierung verspricht eine jährliche Steigerungsrate der staatlichen Entwicklungshilfe von 11 %, um das im Pearson-Bericht gesteckte Ziel von 0,7% des Bruttosozialproduktes bis 1975 zu erreichen.

Wir fordern, dass durch zusätzliche Anstrengungen schon 1975 1 % des Bruttosozialproduktes für entwicklungs-politische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Einige Entwicklungsländer sind durch harte Kreditbedingungen der Vergangenheit so stark verschuldet, dass ihre Rückzahlungsverpflichtungen schon heute die Zuflüsse aus der Entwicklungshilfe übersteigen.

Wir fordern, dass bei hochverschuldeten Entwicklungsländern die Leistungsfähigkeit der einzige Maßstab für Zins- und Rückzahlungen der Kredite ist.

Die Wirtschaft der Entwicklungsländer ist bisher vor allem auf den Export von Rohstoffen angewiesen, um wichtige Industriegüter einkaufen zu können. 1954 wurde in Brasilien ein Jeep mit 14 Sack Kaffee bezahlt. 1962 kostete er schon 39 Sack Kaffee. Durch zu niedrige und sinkende Rohstoffpreise wird den Entwicklungsländern trotz größeren Fleißes die Möglichkeit geraubt, ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung selbst zu finanzieren.

Wir fordern bessere Chancen für Entwicklungsländer durch veränderte Zoll- und Handelsbedingungen; Öffnung der Märkte in den Industrienationen für Halb- und Fertigfabrikate aus den Entwicklungsländern, mit dem Ziel, diese Länder auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen.

Die Entwicklungspolitik hat Rückwirkungen auf unser eigenes Land. Es sind Veränderungen sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie nötig. Ein Beispiel: Zurzeit wird unser Zuckerbedarf aus den Zuckerrüben der EWG gedeckt. Rohrzucker auf dem Weltmarkt ist wesentlich billiger, aber wegen einer egoistischen Zoll- und Landwirtschaftspolitik wird er nicht eingeführt.

Wir fordern, dass Subventionen für die Produkte gestrichen werden, die aus Entwicklungsländern billiger bezogen werden können. Den hiervon betroffenen Personen oder Betrieben müssen stattdessen Hilfen zur Umstellung ihrer Produktion gewährt werden.

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland wird noch zu stark von außenpolitischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen beeinflusst. Am Maßstab einer Weltfriedenspolitik gemessen sind sie kurzfristig. Die Zuständigkeit des Bundeswirtschaftsministeriums für die entwicklungs-politische Kapitalhilfe ist deshalb sinnwidrig.

Wir fordern, dass die Kapitalhilfe dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeordnet wird, um die Durchführung einer klaren Entwicklungspolitik zu sichern, die von den Notwendigkeiten in den Entwicklungs-ländern bestimmt wird.

2020

Über Wachstum in Wirtschaft und Wachstum im Fairen Handel

Der Faire Handel muss weiter wachsen. Andere Märkte werden schrumpfen müssen. Der Planet Erde und die Menschheit brauchen nachhaltige Wirtschaftsmodelle, die Mensch, Boden und Klima schonen.

Wir fordern vom Einzelhandel in Deutschland, dass bis 2050 fair gehandelte Produkte der Regelfall sind. Produkte, die nicht den Kriterien des Fairen Handels entsprechen, werden kenntlich gemacht.

Über die Verantwortung von Unternehmen

Der Handel ist globalisiert. Jetzt muss eine globalisierte Verantwortung der Unternehmen folgen. Es ist Zeit für gesetzliche Regelungen, die zu Rechtssicherheit für alle Beteiligten führen.

Wir fordern von der Bundesregierung nicht weiter auf Freiwilligkeit bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte zu setzen. Unternehmen müssen Menschenrechte schützen, für Sorgfalt in Lieferketten sorgen und Beschwerdeverfahren einrichten, die bei Verstößen zu Abhilfe und Entschädigung führen.

Über Nachhaltigkeit und unseren Wettbewerb

Das Europäische Recht zielt darauf ab, dass der Konsument den billigsten Preis erhält. Kosten werden ausgelagert auf Mensch und Umwelt. Es darf aber kein Recht auf Ausbeutung geben.

Wir fordern von den EU-Gesetzgebern eine Änderung des Europäischen Wettbewerbsrechts, die es den EU-Institutionen erlaubt auch Gesichtspunkte der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit einzubeziehen, wenn es um Preisabsprachen oder Fusionen geht.

Über die Lebensmittelerzeugung und das Auslagern der Kosten auf andere

Die weltweite Lebensmittelproduktion findet zum größten Teil unter nicht nachhaltigen Bedingungen statt und die für Lebensmittel gezahlten Preise spiegeln nicht die wahren ökologischen, sozialen und ökonomischen Kosten der Produktion wider.

Wir fordern eine Preisbildung, die alle Kosten, also die Faktoren Arbeit, Boden, Wasser und Produktionskosten vollständig einbezieht und lokale Verhältnisse berücksichtigt.

Über die Ausbeutung von Kindern

Kein Kind darf ausgebeutet werden. Die wichtigste Ursache der ausbeuterischen Kinderarbeit sind unregelmäßige, niedrige Einkommen der Eltern.

Wir fordern von Handelsunternehmen langfristige Vertragsbeziehungen, die Durchsetzung von internationalen Arbeitsnormen und Preise, die die Zahlung von existenzsichernden Löhnen ermöglichen.

Über Verpackungsmüll und ihre Vermeidung

Plastik ist formbar, leicht, hygienisch und vor allem billiger als andere Verpackungen. Auch darum produzieren wir zu viel Verpackungsmüll. Die Kosten für Umwelt und Gesundheit der Menschen werden nicht berücksichtigt.

Wir fordern vom Gesetzgeber Anreize für die Vermeidung von Müll und die Schaffung von geschlossenen Kreisläufen, die die Wiederverwendung oder zumindest das vollständige Recycling ohne Qualitätseinbußen ermöglichen.

1970 wurden von den Mitwirkenden der Anfangszeit des Fairen Handels in Deutschland sechs Thesen als Forderungen an Politik und Gesellschaft formuliert. 50 Jahre später haben die heutigen Verantwortlichen sechs neue Forderungen formuliert.

Die Gesellschaft für die Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPA) hat seit ihrer Gründung durch den evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED), MISEREOR und den neu gegründeten Dachverband der Weltläden 1975 viele Veränderungen durchgemacht. Zunächst war die Firma auf den Weiterverkauf von Produkten durch Kirchengemeinden und Weltläden ausgerichtet. Heute werden auch Großkunden und Supermärkte beliefert sowie Onlinehandel betrieben. Sitz des Unternehmens ist Wuppertal.

Die heute ca. 140 Handelspartner der GEPA sind in der Regel Produzentengruppen, die fairtrade zertifiziert sind. Auch wenn die GEPA auf ihren Verpackungen das fairtrade Zeichen nicht verwendet, bleibt es das wichtigste Überprüfungssystem in den Handelsbeziehungen. Eine weitere Gewährleistung ist ein Garantie-System, das sich die Mitglieder der Weltfairhandelsorganisation selber gegeben haben, um die Armutsorientierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten zu garantieren. Viele dieser Organisationen aus aller Welt sind in der Vergangenheit von MISEREOR gefördert worden oder werden noch heute von MISEREOR Partnern beraten.

Nach dem Austritt des Weltladendachverbands als Gesellschafter in den frühen 90er Jahren sind die evangelischen und katholischen Gesellschafter zu je 50% an der GEPA beteiligt. Unverändert verzichten die Gesellschafter auf eine Auszahlung der Gewinne, sodass die GEPA sich auf ihren Auftrag konzentrieren kann: Den Handel fairer zu machen.

2020



Bei der Kaffeeernte



Eine Kaffeefarm in Montero, Piura, im Norden Perus



Bester peruanischer Arabica Kaffee



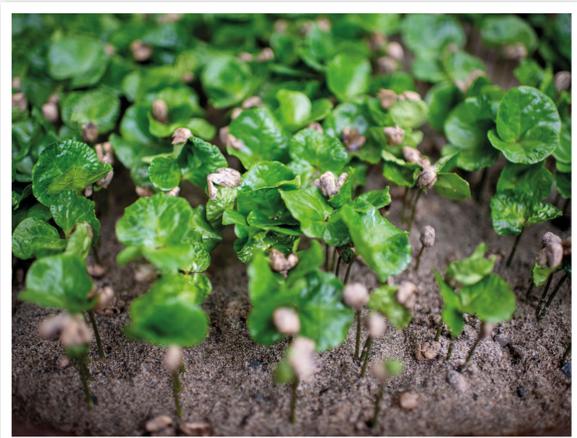
Das Fruchtfleisch der Kirschen wird von den Kaffeebohnen getrennt



Die Kaffeebohnen werden gewendet und getrocknet



Die nächste Generation arbeitet mit und macht Pläne für den Anbau der Zukunft



Züchtung neuer Kaffee Sorten, insbesondere Spezialitäten Kaffees



Der Betrieb röstet selber, verkostet und verkauft lokal



Ein Kaffee vom Erzeuger direkt zum Abnehmer